

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Zentralamerika: Gegen die zunehmende Hindernisse für den Frieden

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Guatemala – Land der ewigen Straflosigkeit?

2

dossier

Einsatz für die Rechte der LGBTI+-Gemeinschaft in Honduras

Friedenskultur in der Berufsbildung mitdenken

Die honduranische Polizei - Wege zur Gleichstellung der Geschlechter

Wie gelingt Friedensförderung, wenn der Raum für Dialog schwindet?

Internationale Präsenz als Antwort auf das Postulat honduranischer CSO

3

erfahren sie
mehr darüber

Den Frieden in Zentralamerika messen

4

aktuell

swissaid lanciert eine Saatgutkampagne

swisspeace lanciert einen neuen Online-Kurs

Das neue Bulletin facing PEACE zu Nicaragua

5

agenda

Events

editorial

Armut, Ungleichheit, soziale Ungerechtigkeit, staatliche Unterdrückung, organisierte Kriminalität und Drogenhandel schüren die Gewalt in Zentralamerika. In den letzten Jahren hat sich die Sicherheitslage in der Region verschlechtert, sodass sich laut einem UN-Bericht jährlich 378.000 Migrant:innen auf den Weg nach Norden machen.

In diesem Kontext leisten humanitäre Organisationen, Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen wichtige Unterstützung für lokale Organisationen der Zivilgesellschaft und die Bevölkerung. Die KOFF-Mitglieder berichten in dieser Ausgabe von à propos jedoch, dass der zunehmende Autoritarismus und die Korruption in der Region, insbesondere in Nicaragua, El Salvador und Guatemala, ihre Arbeit beeinträchtigen.

Obwohl Dialogkanäle und Handlungsspielräume stetig schwinden, widersetzen sie sich gemeinsam mit ihren lokalen Partner:innen den zunehmenden Hindernissen für den Frieden.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF ist Herausgeberin des Friedensmagazins à propos. Sie schafft damit eine Plattform für die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven ihrer Mitglieder und Partner:innen. Die Artikel im Magazin geben ausschliesslich die Ansichten und Haltungen der Autor:innen wieder und entsprechen nicht den Ansichten und Haltungen von KOFF oder swisspeace.

schwerpunkt

Guatemala – Land der ewigen Straflosigkeit?



Shalom de León/Unsplash

Guatemala – «Land des ewigen Frühlings»; «Land der ewigen Straflosigkeit» nannte es Anwalt Ramón Cadena in einer Kolumne, die im Februar unter dem Titel «Irreparabler Schaden am Justizsystem» erschien und die neuste Offensive der Machtelite zum Inhalt hatte. Mehrere ehemalige Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit FECl und der 2019 aufgelösten Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit CICIG wurden im Februar verhaftet, gegen weitere wurden Haftbefehle erlassen, mehrere von ihnen gingen ins Exil.

Diese neusten Übergriffe folgen einem Muster von Einschüchterung und Verfolgung all jener, die gegen die Straflosigkeit im Land kämpfen. Ein Muster, das die Machteliten vorantreiben, um damit und mit der Kooptierung der staatlichen Institutionen, die eigenen Interessen zu sichern. Zu diesem «Pakt der Korrupten», wie die Machtelite von den Medien auch genannt wird, gehören Oligarchenfamilien, Grossunternehmer:innen, hohe Beamte:innen und das organisierte Verbrechen. Auch Generalstaatsanwältin Consuelo Porras spielt eine aktive Rolle bei der Verfolgung unabhängiger Justizoperateur:innen.

Die Auswirkungen der – inzwischen fast perfekten – Institutionalisierung der Korruption und Straflosigkeit sind für die Bevölkerung höchst bedrohlich.

Im Januar verkündete Präsident Giammattei zwar ein «historisches Wirtschaftswachstum von 7.5%» für 2021. Dieses widerspiegelt sich jedoch weder in einer Reduktion der Armut noch der Auswanderung. Die Covid-Krise traf das Land hart: Guatemala verzeichnet die

höchste Anzahl Covid-Tote in Zentralamerika; Impfstoffe gab es lange Zeit nicht, dafür einen Skandal um den Verbleib von 80 Mio. USD für bestellte Sputnik-Impfungen. Wenige Wochen nach der ersten Ansteckung kam es 2020 neben der Überlastung des Gesundheitssystems auch zu einer Ernährungskrise. Die Schliessung der Märkte und andere Covid-Massnahmen hatten dramatische Auswirkungen für die Bevölkerung, von denen 70% im informellen Sektor tätig sind. Tausende zeigten 2020 mit weissen Fahnen an, dass sie Hunger leiden. Die Ernährungskrise wurde nicht durch die Pandemie ausgelöst, sondern nur verschlimmert. Schon vorher hatte Guatemala die weltweit sechs höchste Rate chronischer Unterernährung bei Kindern, jedes zweite Kind ist unterernährt. Verantwortlich dafür sind neben dem Klimawandel vor allem die auf Diskriminierung und Korruption beruhende Regierungsführung. Im November 2020 fegten zudem die Tropenstürme Eta und Iota über Teile des Landes und verschärften die humanitäre Krise.

Giammattei ist nach der Hälfte seiner Amtszeit mit einer Zustimmungsquote von 24% wenig beliebt. Dies nicht nur aufgrund des Versagens seiner Regierung im Umgang mit der Covid-Krise und seiner mutmasslichen Verstrickung in Korruptions-Skandale, sondern auch wegen den zahlreichen verhängten Ausnahmezuständen und der Missachtung indigener Rechte.

Die Sicherheitslage ist insbesondere für Frauen und Menschen, die sich für den Schutz der Umwelt oder ihrer Rechte einsetzen, prekär. 2021 wurden 652 Frauen ermordet. Bei den zahlreichen Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen wurden 11 Menschen ermordet. Hinzu kommen Übergriffe auf unabhängige Richter:innen sowie gegen unabhängige Medien.

Die Arbeit unserer Partnerorganisationen wird in diesem Kontext immer schwieriger. Einerseits ist die Zielbevölkerung von Fastenaktion – die indigene und ländliche Bevölkerung – besonders stark von den geschilderten Problemen betroffen. 2020/2021 mussten wir Partnerorganisationen, die von den Covid-Massnahmen und den Tropenstürmen besonders hart getroffen wurden, mit Nothilfeprojekten unterstützen. Zum anderen wird die politische Arbeit immer gefährlicher. Besonders ausgesetzt ist unsere Partnerorganisation Codeca: Seit 2018 wurden 23 ihrer Mitglieder ermordet.

Die 2006 durch einen Vertrag zwischen der UNO und Guatemala eingesetzte CICIG hatte für viele Menschen in Guatemala die Hoffnung auf Gerechtigkeit verkörpert. Die von der Schweiz mitfinanzierte Kommission erzielte während 12 Jahren Fortschritte bei der Aufarbeitung von Verbrechen und verursachte mehrere «politische Erdbeben», unter anderem 2015 mit der Verhaftung des damaligen Präsidenten Pérez Molina und der Vizepräsidentin Baldetti aufgrund ihrer Verstrickung in ein Korruptionsnetzwerk. Die Machteliten wurden gewahr, dass CICIG und FECCI auch ihnen gefährlich werden könnten und begannen ab 2017/2018 aktiv die demokratischen Regeln zu schwächen und das Land von der internationalen Politik zu isolieren. 2019 kündigte Präsident Jimmy Morales – gegen den die CICIG ein Verfahren wegen illegaler Wahlkampffinanzierung eingeleitet hatte – den Vertrag mit der UNO von einem Tag auf den anderen.

Hoffnung in das Justizsystem auf nationaler Ebene verkörperten durch ihr unabhängiges Handeln weiterhin die FECCI unter Juan Francisco Sandoval, die unabhängigen Richter:innen, die Menschenrechts-Ombudsstelle PDH unter Jordán Rodas und das Verfassungsgericht. Gegen sie alle intensivierten sich die Übergriffe nach der Schliessung

der CICIG. Neben direkten Drohungen sind unhaltbare Strafanzeigen ein probates Mittel, um ihre Arbeit zu behindern – oder ihre Absetzung: Im April 2021 wurde das Verfassungsgericht mit Richter:innen besetzt, die alle den Machteliten dienen. Das neu zusammengesetzte Gericht wies denn auch gleich die Beschwerden gegen das umstrittene NGO-Gesetz ab, welches somit in Kraft treten konnte und es der Regierung u.a. erlaubt, NGOs zu verbieten, wenn sie die «öffentliche Ordnung stören». Im Juli wurde FECCI-Chef Sandoval entlassen und ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Er lebt momentan wie zahlreiche andere verfolgte Justizoperateur:innen im Exil. Noch im Amt ist bisher Menschenrechtsombudsmann Rodas, sein Mandat läuft allerdings diesen August aus, dann wird wohl auch diese letzte Institution zur Verteidigung der Menschenrechte auf Linie gebracht.

Auch das Mandat von Generalstaatsanwältin Porras läuft dieses Jahr aus. Die Hoffnung, dass mit der Wahl ihrer Nachfolge die Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden könnte, sind jedoch gering. Unabhängige Kandidat:innen wurden schon vorgängig durch fragwürdige Entscheide der höchsten Gerichte vom Selektionsverfahren ausgeschlossen. Mit jedem Schritt der Zerstörung demokratischer Institutionen wird eine Umkehr der Situation schwieriger. 2023 ist Wahljahr. Die Frage ist, ob die Zivilgesellschaft trotz eingeschränktem Handlungsspielraum und täglichem Überlebenskampf in der Lage ist, eine Transformation einzuleiten oder ob allenfalls der «Pakt» zu bröckeln beginnt. Dies könnte beispielsweise eintreten, wenn durch die schlechte Sicherheitslage oder internationale Sanktionen wirtschaftliche Interessen gefährdet werden. Die Angst vieler ist gross, dass es dem autoritären Staat gelingt, sich auf längere Zeit zu festigen und die Repression weiter zunehmen wird. Erinnerungen an die dunklen Zeiten des bewaffneten internen Konflikts sind schon lange wieder wach.

Fastenaktion

Flurina Doppler

doppler@fastenaktion.ch

a.i. Verantwortliche Landesprogramm Guatemala

links

- [Fastenaktion - Guatemala](#)

dossier

Einsatz für die Rechte der LGBTI+-Gemeinschaft in Honduras



Mitglieder der Organisation Arcoiris in Tegucigalpa, Honduras. PBI

LGBTI+-Personen gehören in Zentralamerika zu den Gemeinschaften, die am stärksten Hassverbrechen ausgesetzt sind. In Honduras, zum Beispiel, wurden zwischen 2009 und 2022 388 gewaltsame Todesfälle gegen LGBTI+-Personen registriert. Trotz der grossen Risiken setzten sich zahlreiche Aktivist:innen für die Rechte der Gemeinschaft im Land ein. Der Regierungswechsel im vergangenen November gibt ihnen Hoffnung.

Allein in diesem Jahr wurden bereits sieben Personen der LGBTI+ Gemeinschaft in Honduras ermordet. Eine davon war Thalía Rodríguez, eine Transfrau, die über 20 Jahre für die Verteidigung der Menschenrechte und insbesondere für die Rechte der LGBTI+ Gemeinschaft gekämpft hatte. Am 10. Januar 2022 wurde sie in ihrem Haus in Tegucigalpa erschossen.

Honduras hat eine der weltweit höchsten Raten von Hassverbrechen an LGBTI+-Personen und über 90% der Fälle bleiben unbestraft. Zwischen 2009 und 2021 wurden laut dem «Catrachas Lesbian Network» 388 gewaltsame Todesfälle registriert. Besonders besorgniserregend ist die Situation für Transfrauen. In den letzten zehn Jahren wurden

mehr als 120 Morde an Transfrauen aufgezeichnet und ihre Lebenserwartung liegt bei unter 35 Jahren. In Honduras gibt es zudem kein Gesetz zur Geschlechts- oder Namensänderung und sowohl die gleichgeschlechtliche Ehe wie Adoption sind verboten.

Viele LGBTI+-Personen fliehen deshalb in die USA, doch die Routen sind für sie besonders gefährlich. Das Beantragen von Asyl in den USA an der Grenze in Mexiko bietet keine Garantie für bessere Lebensbedingungen. Obwohl Angehörige der LGBTI+-Gemeinschaft nur 0,14% der von der Einwanderungs- und Zollbehörde in den USA in Gewahrsam genommenen Personen ausmachen, sind nach Angaben der Humans Rights Campaign 12% der in mexikanisch-US-amerikanischen Grenzhafenanstalten verzeichneten sexuellen und körperlichen Übergriffe gegen diese Gruppe gerichtet.

Peace Brigades International (PBI) begleitet in Honduras die LGBTI+-Organisationen Arcoíris und Somos CDC, um deren Mitglieder durch unbewaffnete Schutzbegleitung, Advocacy- und Sensibilisierungsarbeit zu unterstützen. Die Begleitung der Organisationen wird durch internationale Freiwilligenteams geleistet und hat zum Ziel, Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger:innen zu verhindern und so deren Handlungsspielraum zu vergrössern. Esdra Sosa von Arcoíris sagt dazu: «Wir schätzen die Hilfe von PBI sehr, da wir durch die Begleitung auf persönlicher sowie institutioneller Ebene sichtbar werden. So wird aufgezeigt, wie die Realität der LGBTI+ in Honduras wirklich aussieht.» Beide Organisationen setzen sich für Verteidigung der Rechte der LGBTI+-Gemeinschaft durch Gesetzesvorschläge, Rechtsberatung, Verbreitung von Informationen und Workshops ein.

Der Regierungswechsel am 28. November 2021 in Honduras lässt Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die LGBTI+-Gemeinschaft erwachen, damit ihre Rechte eingehalten werden und Verbrechen wie der Mord an Thalía Rodríguez nicht ungestraft bleiben.

[PBI Schweiz](#)

Isabel Sierra

info@peacebrigades.ch

Assistentin Kommunikation

links

- [Arcoíris](#)
- [Somos CDC](#)
- [PBI-Publikation: "En búsqueda de una protección integral para la diversidad sexual en Honduras abriendo espacios para la paz"](#)
- [PBI-Artikel: "Obligadas a huir y a volver a Honduras"](#)
- [PBI-Artikel: "Mesa de Acceso a la Justicia LGTB, contra la discriminación y la impunidad"](#)
- [Elperiodico.com: "Tirotean a una activista y mujer transexual en Honduras"](#)

dossier

Friedenskultur in der Berufsbildung mitdenken



Berufsschüler:innen aus dem Projekt Vista Hermosa an einem Kurs zu Gewaltprävention und Konfliktlösung. Brücke · Le pont

Brücke · Le pont fördert einen besseren Zugang zu Berufsbildung undwürdiger Arbeit für gewaltbetroffene Jugendliche in El Salvador. Im Zentrum steht die ganzheitliche Stärkung der Jugendlichen, die ihre schwierige Situation berücksichtigt und eine Kultur der Gewaltfreiheit vermittelt.

«Angesichts des Kontexts von hoher Gewalt, Armut und Jugendarbeitslosigkeit stehen wir mit unseren Berufsbildungsprojekten in El Salvador vor besonderen Herausforderungen», erklärt Bruno Essig, Programmverantwortlicher für Zentralamerika bei Brücke · Le pont. In den letzten Jahren habe sich gezeigt, dass viele Jugendliche gar nicht wüssten, was sie in ihrem Leben erreichen möchten und welche Wege ihnen offenstehen. «Die Covid-19-Pandemie hat die Situation zusätzlich verschärft.»

Brücke · Le pont setzt daher auf eine ganzheitliche Stärkung der Jugendlichen. Mit dem Projekt Vista Hermosa etwa unterstützt sie 800 junge Menschen aus dem Grossraum San Salvador dabei, einen Berufskurs abzuschliessen, ihr Selbstvertrauen und ihre sozialen Kompetenzen zu stärken und eine Stelle mit würdigen Arbeitsbedingungen zu finden. Dazu vermittelt sie auch Ausbildungsplätze in Unternehmen.

Ein gewaltfreier Lebensentwurf

Bevor sie mit ihrer fachlichen Ausbildung starten, erarbeiten die Projektteilnehmenden einen sogenannten Lebensentwurf (spanisch «proyecto de vida»): Während eines 100-stündigen Kurses evaluieren sie ihre Stärken und Interessen und entwickeln konkrete Ziele für ihre berufliche und persönliche Zukunft. Das Lehrpersonal legt viel Wert darauf, dass die Jugendlichen in diesem Prozess ihre Erfahrungen einbringen und lernen, persönliche und gesellschaftliche Einstellungen zu hinterfragen. Der Kurs hat eine starke Genderkomponente und beinhaltet Module zu Methoden der Gewaltprävention und Friedensförderung, sexueller Gesundheit sowie Berufswahl, Karriereplanung und Arbeitsrechten. Ziel ist, dass die Jugendlichen ihr Selbstvertrauen stärken, ihre Rechte geltend machen können und eine Ausbildung wählen, die sie langfristig interessiert.

Psychologische Unterstützung

Das Erarbeiten des *Proyecto de Vida* bedingt, dass sich die Jugendlichen vertieft mit ihrer Persönlichkeit und Situation auseinandersetzen. Da die meisten schwierige Erfahrungen wie Armut, häusliche Gewalt, Bandengewalt oder Vertreibung mitbringen, kann diese Auseinandersetzung sehr herausfordernd sein. Daher ist während des ganzen Prozesses eine psychologische Begleitung in Form von Einzel- oder Gruppenbetreuung gewährleistet. Das gesamte Projekt- und Lehrpersonal besucht zudem regelmässig Weiterbildungen zu Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit, Gewaltprävention und Friedensförderung.

Diskriminierungsfreie Arbeitsplätze

Zusätzlich schult die lokale Partnerorganisation von Brücke · Le pont Unternehmen zu Massnahmen für diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und betreibt eine Beobachtungsstelle für die Arbeitsrechte von Jugendlichen. Diese erfasst Arbeitsrechtsverletzungen, veröffentlicht Berichte dazu, entwickelt konkrete Forderungen für besseren rechtlichen Schutz junger Arbeitnehmender, leitet Betroffene an die zuständigen Behörden und Anlaufstellen weiter und baut eigene Betreuungsangebote auf. Das Projekt Vista Hermosa leistet damit einen Beitrag an gewalt- und diskriminierungsfreie Arbeits- und Lebensräume für junge Salvadorianer:innen.

[Brücke · Le pont](#)

Fabienne Jacomet

fabienne.jacomet@bruecke-lepont.ch

Kommunikation und Entwicklungspolitik

[links](#)

- Projekt Vista Hermosa
- Cultura de paz, Brücke · Le pont

dossier

Die honduranische Polizei - Wege zur Gleichstellung der Geschlechter



Start des Pilotprojekts «Polizei-Mentoring» in Honduras 2021. David Alvarado/DCAF

DCAF, das Genfer Zentrum für Gouvernanz im Sicherheitssektor, glaubt an das Recht auf ein friedliches und sicheres Leben unter dem Schutz von rechenschaftspflichtigen, wirksamen Sicherheitsinstitutionen. DCAF hat seinen Hauptsitz in Genf sowie Regionalbüros in 14 Ländern und unterstützt Institutionen in Konfliktzonen und fragile Staaten bei Reformen im Sicherheitssektor mit dem Ziel einer guten Gouvernanz im Sicherheitssektor.

Seit 2017 ist DCAF mit einer der am schnellsten wachsenden Einheiten in Lateinamerika und der Karibik (LAK) aktiv, die aufgrund ihrer in der Region sehr gefragten spezifischen Kompetenzen, Fachkenntnisse und Arbeitsmethoden jedes Jahr grösser wird. Die Einheit ist aktuell in Honduras, Chile und Kolumbien tätig und hat sich auf Projekte in den Bereichen Polizei, Geschlechtergleichheit, Medienaufsicht, bürgernahe Polizei, Rechtsaufsicht, Klimawandel und Sicherheit spezialisiert. Ziel der Projekte ist die Vernetzung von Sicherheitsinstitutionen mit der Gemeinschaft zur Stärkung der Friedensförderung.

Wie allgemein bekannt ist, muss Geschlechtergleichstellung eine Priorität bei Reformen des Sicherheitssektors sein, da die Polizei das Spiegelbild der Gesellschaft ist. Schliesslich ist die Polizei die Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit die Polizei – so heisst es in den «Peelian Principles», den Grundlagen der Polizeiarbeit von Sir Robert Peel. Nach diesem Grundsatz muss die Geschlechtergleichheit in den Sicherheitsinstitutionen gefördert

werden. Mit gutem Beispiel voranzugehen, ist unerlässlich: Keine Institution darf behaupten, sie unterstütze die Gleichheit der Geschlechter, ohne vor der eigenen Türe zu kehren. Polizeibeamt:innen in Honduras sind zuallererst Honduraner:innen und erst danach Polizeibeamt:innen und sollten dieselbe Grundlage für Gleichheit erhalten, die auch für die breitere Gemeinschaft angestrebt wird.

Die Landespolizei führte vor Kurzem die institutionelle Selbstbewertung zum Thema Gender (Institutional Gender Self-Assessment) von DCAF durch. Dabei handelt es sich um eine von DCAF entwickelte methodische Leitlinie, die in verschiedenen Ländern eingeführt wurde mit dem Ziel, herauszufinden, welche Veränderungen für eine Verbesserung der Geschlechtergleichheit in Sicherheitsinstitutionen nötig sind. Die Polizeiführung in Honduras ist sich der Bedeutung dieses Themas bewusst und zeigte sich offen für eine Selbstreflexion – besonders angesichts des relativ hohen Anteils (21 %, n=3201 Beamtinnen) an weiblichen Polizeimitgliedern.

Zweifellos wird der Amtsantritt der ersten Präsidentin, Xiomara Castro, die Priorisierung der Geschlechtergleichheit in Honduras positiv beeinflussen. Bei ihrer Antrittsrede am 27. Januar 2022 wurde deutlich, dass Geschlechtergleichheit ein Thema von politischer Bedeutung ist. Der Symbolcharakter einer Präsidentin ist den Institutionen und Führungskräften, die ihr nun unterstellt sind, nicht entgangen.

Für Frauen in Honduras bietet die Polizeiarbeit eine stabile, langfristige Laufbahn und macht sie wirtschaftlich unabhängig. Zugleich beweisen sie Führungsqualitäten und zeigen den Frauen und Mädchen, dass ihre Rechte und Bedürfnisse genauso wichtig sind wie die der anderen. Da Polizeiarbeit aber ursprünglich in fast jedem Land von Männern für Männer gemacht wurde, ist es im Polizeibereich weltweit noch ein langer Weg hin zu interner Geschlechtergleichheit. Die zunehmende Anzahl der Frauen in der Polizeiarbeit und in wichtigen Führungspositionen ist ein Schritt in die richtige Richtung, der die Tür für den weiteren Fortschritt öffnen kann – wie etwa Genderstrategien auf der Basis von Selbstbewertungen wie im Fall der nationalen Polizei von Honduras.

[DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance](#)

Cristina Hoyos

c.hoyos@dcaf.ch

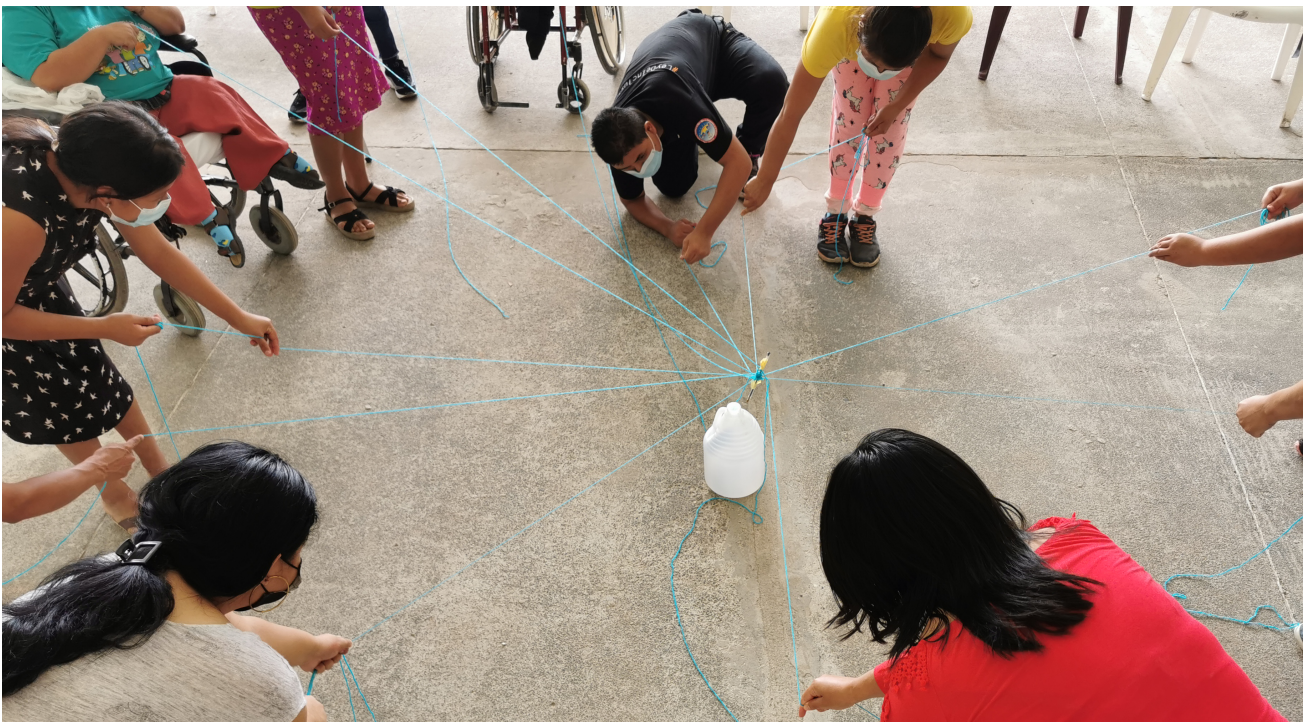
Leiterin der Abteilung Lateinamerika und Karibik

links

- [DCAF – Geneva Centre for Security Sector Governance](#)
- [Informationen über die Peelschen Prinzipien \(en\)](#)
- [Bericht der nationalen Polizei von Honduras \(2020\): "Más de 3,200 femininas forman parte de la carrera policial"](#)

dossier

Wie gelingt Friedensförderung, wenn der Raum für Dialog schwindet?



Juli 2020 in El Salvador. Patricia Carron/Eirene Suisse

Eirene Schweiz ist eine Friedensförderungsorganisation mit der Kerntätigkeit, freiwillige qualifizierte Helfer:innen aus der Schweiz auszusenden, um Aktionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu unterstützen. In Zentralamerika unterstützt Eirene Schweiz Friedensinitiativen in El Salvador, Nicaragua sowie Haiti.

Eirene Schweiz versteht Frieden als ständiges Streben, nicht als absoluten Endpunkt: Konflikt ist nicht das Gegenteil von Frieden, denn er kommt in allen menschlichen Gesellschaften vor und ist sogar das wichtigste Merkmal einer Demokratie. Demokratisches Zusammenleben heisst nämlich, ständig mit Uneinigkeit, Diskussionen, Gegensätzen und vielfältigen Gedankengängen konfrontiert zu sein. Gewalt hingegen äussert sich oft in Situationen der Schwäche und Ohnmacht, wenn keine Konfrontation von Standpunkten möglich ist. Ohne Gewalt und Hass kann Konflikt konstruktiv sein und Verbindungen sowie gemeinsame Werte schaffen. Dies versucht Eirene Schweiz mit ihrem Ziel des Friedensaufbau (Vierjahresplan 2013–2016, Eirene Schweiz) zu fördern.

Die Organisation stellt fest, dass der Raum für konstruktive Debatten und Dialoge in

Zentralamerika zunehmend schrumpft. In Nicaragua wurde 2020 ein Gesetz verabschiedet, das eine strenge Kontrolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Personen vorsieht, die Finanzhilfen aus dem Ausland erhalten. Im November 2021 kündigte der salvadorianische Präsident an, dieselben Kontrollmassnahmen wie in Nicaragua ergreifen zu wollen. Dies deutet darauf hin, dass sich das bereits vorhandene Misstrauen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen weiter verschärfen wird.

In Haiti hat sich die Sicherheitssituation weiter verschlechtert. Ein trauriger Höhepunkt war der Mord am haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse im Juli 2021. Seit vielen Jahren werden Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen Opfer von gewalttätigen Angriffen sowie Mord. Unsere Partnerorganisationen bewegen sich in einem sehr angespannten Umfeld, in dem Banden die Gesetze machen – insbesondere in der Hauptstadt und auf den umliegenden Hauptverkehrsstrassen. Entführungen sind an der Tagesordnung und eine der Haupteinnahmequellen dieser Banden. In diesem Umfeld verunmöglichen die tägliche Gewalt und Unsicherheit jeglichen konstruktiven Austausch und behindern die Ausübung der Demokratie.

Dessen ungeachtet kämpft Eirene Schweiz gemeinsam mit ihren lokalen Partnern darum, die verbleibenden Dialogfenster offen zu halten, denn diese sind weiterhin unerlässlich für die Friedensförderung.

[Eirene Suisse](#)

Patricia Carron

patricia.carron@eirenesuisse.ch

Koordinatorin des Programms für Zentralamerika und die Karibik

links

- [Eirene Suisse](#)
- [Gesetz über ausländische Beauftragte in Nicaragua \(spa\)](#)

dossier

Internationale Präsenz als Antwort auf das Postulat honduranischer CSO



Carli Jeen/Unsplash

Anlässlich des gemeinsamen Lernprozesses von Peace Watch Switzerland (PWS), HEKS und KOFF 2016 haben zivilgesellschaftliche Organisationen (CSO) in Honduras ihre Erwartungen klar formuliert: Es braucht die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in Honduras durch internationale Präsenz und die explizite, internationale Stellungnahme zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Regierung. Darin bestehe einer der wenigen Hebel, um bei der verordneten «Entwicklung» im Land Mitsprache zu erwirken – also Partizipation der Betroffenen in einem Entwicklungsmodell, das in der Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch profitmaximierte Investments besteht und von einer korrupten, ins organisierte Verbrechen verwickelten Elite mit Einschüchterung, Kriminalisierung und Repression durchgesetzt wird.

Anfang 2018 startete PWS das Programm zur internationalen Menschenrechtsbeobachtung und -begleitung in Honduras. Dadurch versucht PWS, auf das Postulat der honduranischen CSO eine Antwort zu geben.

PWS ist physisch in ländlichen Gemeinden präsent, die sich in einem Kampf gegen Investments in ihrem Lebensraum befinden. Die Organisation begleitet die Mitglieder dieser Gemeinden in ihrem Alltag, bei Behördengängen, bei der Vorbringung ihrer Forderungen oder in juristischen Prozessen. Dadurch schafft sie eine gewisse menschliche Sicherheit vor Ort. Der Anteil an gerichtlichen Begleitungen hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Prozessbeteiligte, Richter:innen und Anwält:innen bestätigen, dass die physische Präsenz von PWS am Gericht die Rechtsprechung erleichtert. So trägt die Organisation zu mehr Rechtssicherheit bei.

PWS dokumentiert ihre Beobachtungen und legt einen Fundus an empirischen Daten an. Anhand verschiedener Einzelfälle – PWS begleitet gegenwärtig neun Gemeinden – schafft die Organisation einen Überblick über die gängigen Mechanismen von Rechts- und Menschenrechtsverletzungen gegenüber einer ländlichen Zivilbevölkerung, die in ihrem Lebensraum Mitbestimmung fordert. Die physische Präsenz und die Dokumentation über die Zeit erlauben PWS, nahe an den einzelnen Prozessen zu sein und diese genau nachzuzeichnen.

Letztlich spielt PWS eine Rolle in einem Netz von Akteur:innen, die auf unterschiedlichen Ebenen die zivilgesellschaftliche Aktion durch internationale Begleitung stärken. Die Organisation wendet sich in akuten Fällen an die strategischen Akteure, damit diese auf der Grundlage ihrer Dokumentation aktiv werden kann. So hat PWS im Oktober 2020 eine Reihe von gezielten Übergriffen und Gewaltdrohungen an Führungspersonen in einer begleiteten Gemeinde dokumentiert, die Plattform der INGOs und die DEZA darüber informiert. Die DEZA reichte diese Informationen weiter, sodass PWS und die angegriffene Person für das anstehende Meeting mit internationalen Regierungsvertretungen und dem UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte (OACNUDH) in Honduras zu einem Hearing eingeladen werden konnten. Durch solchen Rückhalt bei Akteuren mit Handlungsspielräumen, die weit über denjenigen von PWS hinausgeht, verstärkt PWS die Schutzwirkung für die von ihr begleitete Basis und für sich selbst als exponierte Institution.

Die DEZA ist eine wichtige strategische Partnerin für PWS. Über die eingespielte Kooperation und die konsularische Betreuung ihrer Schweizer Einsatzleistenden steht PWS in ständigem Austausch. Die DEZA hat PWS in mehreren Fällen den entscheidenden Zugang zur Plattform internationaler Regierungsvertretungen und zum UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras verschaffen können. Das Wegfallen dieser Partnerschaft nach 2024 bedeutet einen herben Verlust für uns und unsere Partner:innen.

[Peace Watch Switzerland](#)

Marianne Widmer

marianne.widmer@peacewatch.ch

Projektverantwortliche Honduras

[links](#)

- [Peace Watch Switzerland \(PWS\)](#)

- Lernprozess von Peace Watch Switzerland (PWS), HEKS und KOFF

erfahren sie mehr darüber

Den Frieden in Zentralamerika messen



Frauen an Bord einer Lancha im Atitlán-See in Guatemala. Robin Canfield/Unsplash

Die neuste Ausgabe des Globalen Friedensindex (Global Peace Index, GPI) des Institute for Economics and Peace (IEP) zeigt, dass sich die Friedfertigkeit in Zentralamerika und in der Karibik mit einem durchschnittlichen Rückgang um 0,75 Prozent leicht verschlechtert hat. Die Verschlechterung in der Region betrifft alle drei GPI-Bereiche: *soziale Absicherung und Sicherheit, anhaltende nationale und internationale Konflikte* sowie *Militarisierung*. Dabei wurde im Bereich *Militarisierung* die deutlichste Verschlechterung gemessen.

Das friedlichste Land der Region ist nach wie vor Costa Rica, das im Gesamtranking Platz 39 von den 163 im GPI 2021 aufgeführten Ländern belegt. Dennoch wurde dort im letzten Jahr eine Verschlechterung der Friedfertigkeit verzeichnet. Grund dafür war der zunehmende Einfluss von Terrorismus, die steigenden Militärausgaben sowie die geringere Bereitstellung von Mitteln zur Friedenssicherung durch die UNO.

Honduras verzeichnete die deutlichste Verschlechterung der Friedfertigkeit in der Region und belegt im Gesamtindex 2021 Platz drei unter den Ländern mit der deutlichsten Verschlechterung. Die grösste Veränderung betrifft den Bereich *anhaltende Konflikte*, zurückzuführen auf die Intensivierung nationaler Konflikte sowie die steigende Anzahl Todesfälle aufgrund nationaler Konflikte, wie etwa beim ersten Massaker in einem Frauengefängnis, das durch Organisierte Kriminalität verübt wurde.

Obwohl Nicaragua in Sachen Friedfertigkeit den zweitletzten Platz der Region belegt, verzeichnete es die stärkste Zunahme an Friedfertigkeit in Zentralamerika. Weniger Terrorismus, wahrgenommene Kriminalität und Todesfälle aufgrund nationaler Konflikte führten zu einer Gesamtverbesserung von 3,13 Prozent. Zwar konnte das Land sowohl im Bereich *soziale Absicherung und Sicherheit* als auch im Bereich *anhaltende Konflikte* Verbesserungen verzeichnen, doch der zunehmende politische Autoritarismus wird mit grosser Besorgnis betrachtet. Die *Militarisierung* in Nicaragua hat ebenfalls zugenommen: Der Indikator für Waffenimporte hat sich um fast 23 Prozent verschlechtert.

Negativer vs. positiver Frieden

Zwar beantwortet der GPI die Frage, welche Länder die friedlichsten sind, allerdings liefert er keine Erklärung, warum einige Gesellschaften friedlicher sind als andere und welche sozialen Faktoren dafür verantwortlich sind.

Positiver Frieden stützt sich auf acht Säulen und umfasst damit die Bevölkerungsansichten, Institutionen und Strukturen, die friedliche Gesellschaften erzeugen und aufrechterhalten. Zudem werden klare Ziele festgelegt, die in einem System angestrebt werden müssen. Aufgrund der systemischen Natur geht ein höheres Mass an positivem Frieden mit vielen anderen, als wünschenswert erachteten Entwicklungen wie einem höherem BIP-Wachstum, höherem Wohlbefinden, einer stärkeren Widerstandsfähigkeit sowie harmonischeren Gesellschaften einher. Friedensförderungs- und Entwicklungsprojekte sollten Systeme hin zu mehr positivem Frieden lenken, statt eine radikale Veränderung herbeizuführen, bei der das Risiko besteht, dass das soziale Gefüge zerstört wird.

Im Positiven Friedensindex (Positive Peace Index, PPI) 2022 des IEP erreichte Costa Rica Rang 39, Honduras Rang 107, Nicaragua Rang 109 und Guatemala Rang 121. Insgesamt verbesserten sich Zentralamerika und die Karibik seit 2009 um 2,7 Prozent. Darin spiegelt sich eine signifikante Verbesserung der Säulen «Freier Informationsfluss», «Akzeptanz der Rechte anderer» und «Gute Beziehungen zu Nachbar:innen» wider. Nur bei den beiden Säulen «Niedriger Korruptionsgrad» und «Kompetente Regierung» wurde von 2009 bis 2020 eine Verschlechterung verzeichnet.

Indem Frieden – und insbesondere positiver Frieden – gemessen wird, entsteht ein datenbasiertes Bild davon, was funktioniert, was nicht funktioniert und wo der Hebel für die Bereitstellung von Ressourcen angesetzt werden muss, um die nötigen Bedingungen für den Aufbau friedlicherer und widerstandsfähigerer Gesellschaften zu schaffen.

info@economicsandpeace.org

Gründer und geschäftsführender Vorsitzender

links

- [Institute for Economics and Peace](#)
- [Globaler Friedensindex](#)
- [Positiver Friedensindex](#)

aktuell

swissaid lanciert eine Saatgutkampagne



SWISSAID lanciert die Kampagne «Veränderung säen» zur Förderung der Biodiversität und gegen Monopole in der Saatgutindustrie. Wir setzen uns für das Recht der Bäuerinnen und Bauern im Globalen Süden ein, ihr Saatgut frei aufbewahren, tauschen und vermehren zu können.

[swissaid](#)

[links](#)

- [Kampagne «Veränderung säen»](#)

aktuell

swisspeace lanciert einen neuen Online-Kurs



Welche Chancen und Herausforderungen bringt die digitale Technologie für die Friedensförderung? Wie kann das Verständnis digitaler Räume Ihre Arbeit in der Friedensförderung verbessern?

Nehmen Sie an der ersten Ausgabe des Kurses « Digital Peacebuilding in Theory & Practice » teil und lernen Sie, wie Sie digitale Werkzeuge für die Friedensprogrammierung einschätzen, digitale Konfliktfaktoren verstehen und politische Empfehlungen sowie zukünftige Trends in diesem Bereich diskutieren können.

Dieser Kurs wird in Zusammenarbeit mit der Universität Basel organisiert und findet online an sechs Halbtagen statt:

- Mittwoch 22. bis Freitag 24. Juni 2022
- Mittwoch, 29. Juni bis Freitag, 1. Juli 2022

aktuell

Das neue Bulletin facing PEACE zu Nicaragua



Im Dezember 2021 war Juan Carlos Arce aus Nicaragua auf Speaking Tour in Europa, um auf die schwierige Menschenrechtsslage in seinem Land aufmerksam zu machen. Er beschreibt die staatliche Unterdrückung in Nicaragua und die Herausforderung, sich aus dem Exil in Costa Rica für Frieden und Menschenrechte zu engagieren. Zitate und Porträts von acht weiteren Menschenrechtsverteidiger:innen, die in Costa Rica im Exil leben, ergänzen den Artikel von Juan Carlos Arce.

PBI Schweiz

links

- [Bulletin herunterladen](#)

agenda

Events

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer [KOFF MEMBER NEWS SEITE](#).

Öffentliche Veranstaltung mit Apéro – Die Schweiz und ihre neuen grossen Nachbarn

NHG Gruppe Bern

5. April, 18:15 in Schmiedstube, Schmiedenpl. 5, 3011 Bern, Schweiz

Die Parameter der Geo-, Sicherheits- und Friedenspolitik haben sich seit dem Fall der Berliner Mauer gewandelt. Angesichts des aktuellen Ukrainekriegs Russlands werden sie in der Schweiz, in Europa und letztendlich global einer akuten realpolitischen Neubewertung unterworfen. Auch der öffentliche Diskurs ist nun geprägt von zahlreichen Forderungen nach einer umfassenderen Sicherheitspolitik, der Neudefinition militärischer Leistungsfähigkeit oder dem Wunsch nach Autarkie in Energie- oder Versorgungsfragen.

Kiew, Bengasi, Suez, Ägäis, Piräus etc.: die Aktivitäten und Positionierungen der «neuen» Nachbar:innen haben für die Schweiz, wie für Europa, eine enorme Tragweite. Gerne möchten wir mit unseren Expert:innen neu entstandene Nachbarschaften diskutieren und die Frage aufwerfen, welche Auswirkungen diese auf die Sicherheitspolitik und Friedenspolitik Europas und insbesondere der Schweiz hat.

[Details und Anmeldung](#)

Ostermarsch 2022

18. April, 13:00 - 17:00

Klimaschutz und Friedenspolitik müssen zusammen gedacht werden. Gemeinsam setzen wir ein Zeichen. Aus aktuellem Anlass mit Fokus auf den Ukraine-Krieg.

Es erwartet Sie ein spannendes Programm mit Beiträgen von Stefan Salzmann (Fastenaktion/Klima-Allianz Schweiz) und weiteren Redner:innen. Für musikalische Begleitung sorgt das Tzupati Orchestra.

[Details und Anmeldung](#)

KOFF MASTERCLASS – URBANE FRIEDENSFÖRDERUNG

26. April 2022, 14-17 Uhr im kHaus, Basel

Die Dynamik von Konflikten und Gewalt verändert sich an vielen Orten der Welt. Zahlen zeigen, dass die Mehrheit der gewaltsamen Todesfälle nicht mehr in traditionellen Kriegssituationen stattfindet. Es besteht ein zunehmender Konsens darüber, dass urbane Gebiete in nicht kriegerischen Kontexten zu den künftigen Krisenherden werden, mit tiefgreifenden Folgen für die städtische Bevölkerung. Städte werden oft als Quelle unbegrenzter sozioökonomischer Möglichkeiten wahrgenommen. Sie sind jedoch auch durch Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit gekennzeichnet.

Diese und weitere Fragen werden in dieser kommenden KOFF-Master Class behandelt.

[Details und Anmeldung](#)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF
Kontakt	Steinengraben 22, 4051 Basel, Schweiz Tel.: +41 61 551 56 56
Redaktion	Sanjally Jobarteh, Chiara Lanfranchi
Übersetzung	Übersetzergruppe Zürich, Furrer Übersetzungen
Bildmaterial	Überladener Lastwagen, Guatemala. Michiel Ton/Unsplash

KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	HEKS	Swiss Academy for
Alliance Sud	HELVETAS Swiss Int.	Development
APRED	IAMANEH Schweiz	SWISSAID
artasfoundation	IFOR-Schweiz	Terre des Femmes Schweiz
BAHA'I	Interpeace	terre des hommes schweiz
Brücke · Le pont	Luzerner Initiative für Frieden	
Caux - Initiativen	und Sicherheit (LIPS)	
der Veränderung	medico international schweiz	
cfid	mission 21	
Coexistances	miva Schweiz - transportiert	
DCAF	Hilfe	
Eirene Schweiz	Peace Watch Switzerland	
Fastenopfer	Peace Brigades International	
Fondation Hironnelle	Peace Nexus Foundation	
FriedensFrauen Weltweit	Quaker United Nations Office	
Frauen für den Frieden	Schweizerischer Friedensrat	
Schweiz	Schweizerisches Rotes Kreuz	
Graines de Paix	SCI Schweiz	
Green Cross Schweiz	SOS Kinderdorf	
GSoA		